

BürgerInnenbrief **Mitte**

9. März 2010



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

+++ Freytag tritt ab +++ Stadt-Visionen +++ Gentrifizierung +++ Wohnungsbau +++ Shared Space +++ Rennbahn +++

Schwarzer Freytag für die CDU?



Mit Gedenkmünze für Marion Gräfin Dönhoff. (Foto: Pressestelle des Senats)

Der Rücktritt von Michael Freytag kam überraschend und war doch erwartet worden. Der Hamburger CDU-Landesvorsitzende und Finanzsenator hat auf einem kleinen Parteitag den Rücktritt von allen politischen Ämtern erklärt. Es galt als wahrscheinlich, dass Freytag beim Parteitag im Juni 2010 nicht mehr für den Vorsitz kandidieren würde, aber der »Kronprinz« hat bereits jetzt, auf einer Mitgliederversammlung, bei der zwei Jahre Schwarz-Grün in Hamburg bilanziert werden sollten, seinen Ausstieg aus der Politik verkündet und will nach eigenen Angaben Mitte März »in die Wirtschaft wechseln«. Freytag stand schon seit einiger Zeit im Kreuzfeuer der Kritik, Rücktrittsforderungen gab es nicht nur von Seiten der linken politischen Opposition.

Der umstrittene Politiker tritt nicht nur von seinen Parteiämtern zurück, sondern auch als Finanzsenator – und er gibt sein Bürgerschaftsmandat ab. Freytag – bis vor kurzem noch als Nachfolger von Bürgermeister Ole von Beust gehan-

delt – wurde im Jahr 2004 Stadtentwicklungssenator, schließlich 2007 Finanzsenator. Als Finanzsenator war er Nachfolger von Wolfgang Peiner, der als das eigentliche Kraftzentrum im zweiten Senat von Beust gegolten hatte.

Michael Freytag hat die politischen Herausforderungen in der Stadt unterschätzt. Er bewährte sich als Schönredner, als das Ausmaß der Verluste bei der HSH Nordbank bekannt wurde, die er bis zum Juni 2008 noch als »im Kern gesund« bezeichnete. Mit dieser »unvollständigen« Information warb das Aufsichtsratsmitglied Freytag für eine Umwandlung von stillen Einlagen und eine Kapitalerhöhung von insgesamt zwei Milliarden Euro. Wenige Monate später, im Oktober 2009, stand die Bank kurz vor der Insolvenz. Nur durch das direkte Eingreifen von Hamburg und Schleswig-Holstein konnte ihr Zusammenbruch verhindert werden.

Auf die Rücktrittsforderungen wegen Irreführung der Öffentlichkeit und miserabilem Krisenmanagement entgegnete

der sprachgewaltige Politiker, man dürfe »den Feuerwehrmann nicht beim Löschen erschießen«. Er hat die Milliardensummen, die Hamburg und Schleswig-Holstein in dieses marode Unternehmen gesteckt haben (zuletzt drei Milliarden Euro frisches Kapital und zehn Milliarden Euro Bürgerschaften), bis zuletzt verteidigt.

Ole von Beust verabschiedete den Weggefährten mit einem zutreffenden Rückblick: »Wir haben auf dem Höhepunkt der HSH Nordbank-Krise in den Abgrund geschaut.« Ganz wesentlich der Leistung Freytags sei es zu verdanken, dass Hamburg das Schlimmste verhindern konnte. Gleiches gelte für die Rettung der in Schwierigkeiten geratenen Reederei Hapag-Lloyd. Der Senator – angetreten, die Staatsverschuldung deutlich zu reduzieren – musste mit aktiv werden, damit Hamburg sich mit einem dreistelligen Millionenbetrag an einem Bieterkonsortium beteiligt, um so die Reederei für die Stadt zu retten.

Nach meiner Einschätzung war der kleine Parteitag der letztmögliche Zeitpunkt für einen »geordneten Rückzug« von Michael Freytag ohne allzu starke Beschädigung seiner Person. Er war klug genug, die Beschädigung seines Talentes als CDU-Politiker zu erkennen. Es seien die schlimmsten Jahre seines Lebens gewesen, sagte er auf der Parteiversammlung. Das ist nachvollziehbar, denn die Rolle eines Schönfärbers und Nebelwerfers, die Freytag an vorderster Stelle gespielt hat, ist »nervenaufreibend« und »persönlich belastend« – vor allem, wenn das ganze Ausmaß zum Beispiel des finanziellen Desasters bei der HSH Nordbank nicht mehr unter dem Deckel gehalten werden kann. Freytags Rolle bei der Vertuschung der wahren Situation der Landesbank schon während des Bürgerschaftswahlkampfes 2007/2008 ist Gegenstand der Untersuchungen des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Der aktuelle Anlass für Freytags Demission ist in den desaströsen Wahlumfrageergebnissen für die Hamburger CDU zu sehen. Danach stürzt sie zwei Jahre nach Gründung des schwarz-grünen Bündnisses in der WählerInnengunst regelrecht ab. Sie büßt gegenüber der Bürgerschaftswahl 2008 fast 12% ein und liegt mit 31% nur mehr knapp über ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl (27,9%). Der grüne Bündnispartner gewinnt zwar 6,4% hinzu, in der Summe aber hat das schwarz-grüne Vorzeigeprojekt die für eine Mehrheit notwendige Unterstützung verloren.

Der Absturz der CDU hat zum einen damit zu tun, dass die finanzielle Lage Hamburgs heute – anders als noch vor zwei Jahren – sich am Rande der Handlungsfähigkeit bewegt. Außer den aufgelaufenen Schulden von 25 Mrd. Euro hat der Senat diverse »Schattenhaushalte« gebildet. Bereits Ende 2007 hatten die Sondervermögen und Ausgliederungen (Sondervermögen Hafen und Stadt etc.) aus dem Haushalt ein Volumen von 2,1 Mrd. Euro. Hinzu kommen jetzt die Sondervermögen Konjunkturstabilisierungsfonds (5,7 Mrd. Euro) und Schulbau (4 Mrd. Euro). Ein weiteres Sondervermögen ist für den Universitätsbereich in Planung (ca. 2 Mrd. Euro). In der Summe sind damit 13,8 Mrd. Euro an Schulden in Schattenhaushalten versteckt. Für diese Explosion der öffentlichen Schulden trägt der Finanzsenator die politische Verantwortung.

In der illusionären Erwartung einer fortdauernden Prosperitätskonstellation und noch größerer Haushaltsreserven wurden beim Abschluss des schwarz-grünen Koalitionsvertrages reichlich teure Leuchtturmprojekte auf den Weg gebracht, deren Finanzierung sich nun als finanzpolitischer Bumerang erweist. Sie waren nicht nur schlecht geplant (die Mehrkosten summieren sich inzwischen auf fast eine Milliarde Euro), sondern haben für die Regionalökonomie, für zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze, viel zu wenig gebracht.

Die dramatische Wirtschafts- und Finanzkrise hat dieser Politik des »Wachsens mit Weitsicht« (Motto des schwarz-grünen Senats) endgültig den Boden entzogen. Steuermindereinnahmen in Höhe von sechs Milliarden Euro bis 2014, wachsende Sozialausgaben und die Leuchtturmpolitik haben die finanziellen Reserven der Stadt im Nu in Nichts aufgelöst und zwingen die schwarz-grünen Koalitionäre in eine Neuverschuldung, die den Stadtstaat an den Rand des Abgrunds drängt.

Die Hoffnung ist, dass es 2011 ökonomisch wieder aufwärts geht. Finanzsenator Feytag war die Fragwürdigkeit dieser Hypothese durchaus bewusst. Vor wenigen Tagen hatte er die Konsequenzen offen ausgesprochen: »Wenn wir über 2010 im Tal bleiben sollten, dann gnade uns Gott. Dann brechen alle Säulen zusammen, auf denen die langfristige Finanzierung der Stadt beruhen.« Auch das sicherlich ein ausreichender Grund für einen Rücktritt.

DIE LINKE lädt ein – Fraktion vor Ort:

Die öffentlichen Finanzen, der Senat und das Grauen

Millionen werden zurzeit in der Elbphilharmonie versenkt, Milliardenbürgerschaften sichern die marode HSH Nordbank, aber die Leistungen zum Beispiel auf bezirklicher Ebene sollen ab diesem Jahr zurückgeschraubt werden.

Warum ist das so und muss das so sein?

Vortrag und Diskussion mit

Joachim Bischoff zur aktuellen finanzpolitischen Lage in Hamburg

Mittwoch, 17. März 2010, 19:30 Uhr, Gemeindesaal St. Georg (Stiftstraße 15, 1. Stock)

Ein zweiter Faktor für den dramatischen Vertrauensverlust der Hamburger CDU besteht darin, dass die partielle Modernisierung christdemokratischer Politik (Bildung, Migration, Ökologie – zugleich Voraussetzung der schwarz-grünen Koalition) innerhalb des bürgerlichen Lagers von Beginn an umstritten war. Vor allem die Schulreform mit der sechsjährigen Primarschule als Kern hat den Protest der »gehobenen« sozialen Milieus hervorgerufen, die ihren günstigen Status quo verteidigen wollen. Um das Projekt zu retten, war der Senat gezwungen, eine gemeinsame Front mit der LINKEN und der SPD zu bilden. Darüber kommt es im Sommer zu einem Volksentscheid.

Für den Absturz der Hamburger CDU, die Zerbröselung von Wählerbasis und Repräsentationsstrukturen und die mehr

und mehr offen ausgetragenen auch politisch-programmatischen Differenzen im Hamburger Landesverband, trägt in erster Linie der Parteichef die Verantwortung. Freytags Rücktritt ist daher auch als das Eingeständnis zu nehmen, dass er keinen Plan hatte, wie die Kräfte innerhalb der Partei, die auf Modernisierung und soziale Inklusion setzen, und die, die auf der unbedingten Verteidigung von Privilegien beharren, in Zukunft noch zusammengehalten werden können.

Die Nachfolge von Freytag war schnell geregelt. Frank Schira, der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bürgerschaft, übernimmt den Parteivorsitz, zunächst kommissarisch. Neuer Finanzsenator wird Carsten Frigge, bislang Staatsrat in der Wirtschaftsbehörde.

Vom Kleinklein zur neuen Stadt-Vision?



Foto: www.mediaserver.hamburg.de/C. Spahrbieter

Die schwarz-grüne Regierungskoalition gibt sich gerne lern- und damit auch handlungsfähig. Einen Tag, nachdem ihr eine Meinungsumfrage ein nicht gerade schmeichelhaftes Bild in der Wahlbevölkerung präsentierte, reißt der Senat das Ruder herum. Er beschließt ein neues Weltbild und beide Regierungsfractionen melden diese politische Sturzgeburt als Thema der aktuellen Stunde an.

Um den wahrhaft grundsätzlichen Umschwung einschätzen zu können, sollten wir kurz zurückblicken. Vor wenigen Monaten höhnte »Die Welt«: »Dass Schwarz-Grün das Leitbild der »Wachsenden Stadt« abgeschafft hat, erweist sich als Fehler. Vor allem die Wirtschaft beklagt, dass die Wachstumsstrategie, die dahinter stand, durch den inhaltsleeren Slogan »Wachsen mit Weitsicht« ersetzt wurde. Anstatt Hamburg mit einem Gesamtkonzept zu positionieren, verkämpft sich der Senat im Kleinen.«

Der Präses der Handelskammer Hamburg Frank Horch setzte noch einen drauf und teilte über die BILD-Zeitung mit:

»In unserer Kammer entsteht mitunter der Eindruck, die Stadt fiele wieder in einen Dornröschenschlaf zurück.« Hamburg habe sich 2003 mit dem Leitbild »Wachsende Stadt« gut entwickelt. »Jetzt haben wir ein etwas verändertes Leitbild: »Wachsen mit Weitsicht«. Das muss mit Leben gefüllt werden. Daran hapert es. Es herrscht ein Vakuum, kein Mensch weiß, was es mit dem neuen Ansatz auf sich hat.« Für das alte Leitbild habe es immerhin 80 Maßnahmen gegeben, für das neue bislang keine einzige. Der Kammer-Präses wird deutlich: »Hamburg wächst nicht mit Weitsicht, sondern bewegt sich im Nebel.« Durch die Tatenlosigkeit fühle sich die Kammer aufgefordert einzugreifen. »Wir brauchen eine Vision. Wo soll Hamburg 2020/2030 stehen?« Hamburg habe die Chance, ein »wahres Kraftzentrum« zu werden, der Handelskammer-Chef könne sich auch eine Renaissance der Industrie nahe am Wasser vorstellen.

Auch der geschätzte Fraktionsvorsitzende der SPD in der Bürgerschaft, Michael Neumann, war offensichtlich beunru-

higt. Die Maxime des Alt-Bundeskanzlers Helmut Schmidt beiseite schiebend – »Wer Visionen hat, sollte lieber gleich zum Arzt gehen!« – , fragte er im Oktober 2009 in einer Schriftlichen Anfrage den Gehalt des visionären Strebens der Regierungskoalition ab und erhielt diese, wirklich wegweisende Antwort: »Nach Abschluss der zurzeit noch andauernden Arbeit am neuen Leitbild in den Hamburger Fachbehörden soll das weiterentwickelte Leitbild »Hamburg: Wachsen mit Weitsicht« in den nächsten Monaten sowohl dem Senat als auch der Bürgerschaft vorgelegt werden. Einzelne Leitprojekte sollen außerdem in gesonderten Drucksachen und nach Durchführung von Beteiligungsprozessen in der Stadt ebenfalls in den nächsten Monaten vom Senat beschlossen werden. Die Einzelheiten der inhaltlichen Konkretisierung, die jeweiligen Maßnahmen und Projekte, detaillierte Zuständigkeiten, Beteiligungsprozesse sowie die Vermarktung des Leitbildes stehen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend fest.«

Die Zeit des Nebels und des Kleinkleins ist nach zwei Jahren Regierungstätigkeit seit dem 23. Februar 2010 nun endlich vorbei. Die Trauer über den Verlust der Vision aus dem Jahr 2003 kann eingestellt werden. »Wachsen mit Weitsicht« ist beschlossen. Es geht wieder voran!

Bürgermeister Ole von Beust verkündete: »Hamburg soll international Maßstäbe setzen als eine wachsende Metropole der Talente, der Nachhaltigkeit und der Verantwortungsbereitschaft. Das ist die Vision unseres Leitbilds. Von dieser Vision lässt der Senat sich leiten, sie ist nicht nur Grundlage für die im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte, sondern auch Maßgabe für alle zukünftigen Vorhaben des Senats.«

Aber sind wir wirklich zurück in den visionären Zeiten? Zu Recht weist Jens Meyer Wellmann in der »Welt« auf einen kleinen Unterschied hin: »Zwar war der in jeder noch so kurzen Senatsverlautbarung jahrelang mantraartig wiederholte Spruch von der »Wachsenden Stadt« dem einen oder anderen gelegentlich auf die Nerven gegangen, weil man ihm nicht entrinnen konnte, weil er sich bald auf jedem Hamburger Baustellenschild wiederfand (»Wachsende Stadt. Entschuldigen Sie die Behinderungen«) – ebenso wie auf jeder Pressemitteilung, die das ehrwürdige Rathaus verließ. Und doch sorgte das vom damaligen CDU-Finanzsenator Wolfgang Pei-

ner und seinen Mitarbeitern entwickelte moderne Leitbild mit der Zeit für ein neues Selbstbewusstsein und für echte Aufbruchstimmung in Hamburg.«

Davon – so fürchte ich und auch meine Fraktion in der Bürgerschaft – kann heute nicht mehr wirklich die Rede sein, die vermeintliche Aufbruchstimmung ist unwiderruflich futsch. Ein wesentliches Ziel ist durch die große Krise zu Anfang des 21. Jahrhunderts aus dem Wunschkatalog objektiv eliminiert worden. 2003 wurde proklamiert: »Die wachsende Metropole generiert überdurchschnittliches nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie ökologische Qualität mit besonderem Fokus auf neuen wirtschaftlichen Stärken.«

Dieses Ziel war so abgrundtief realistisch wie etwa das Ansinnen, aus der HSH Nordbank eine internationale Kapitalmarktbank schmieden zu wollen. Es konnte nur so lange gut gehen, wie die finanzgetriebene Kapitalakkumulation für die Illusion sorgte, dass die normalen Bedingungen für Ökonomie und Kapitalverwertung keine Geltung mehr hätten. Inzwischen wurden wir eines besseren belehrt, das Ziel ist unzweifelhaft endgültig dahin und Hamburg musste für diese illusionäre Politik teuer bezahlen. Die Schlussabrechnung ist allerdings noch längst nicht erstellt!

Dem Politiker der Visionen folgte der CDU-Mann für die Mängelverwaltung: Finanzsenator Freytag. Seine Botschaft lautete: Die Finanzkrise habe Hamburgs Wirtschaft hart getroffen. Panik sei unangebracht und er habe wenig Verständnis für die Suche nach Schuldigen.

Dieses mangelnde Verständnis kann ich nur zu gut verstehen. Gleichwohl – die verspielten goldenen Zeiten konnten auch mit markigen Worten nicht zurückgeholt werden. Deshalb regiert auch nach dem Rücktritt des Schönredners der Nebel, und deshalb bleibt es bei einer trostlosen, inhaltslosen Drucksache, die nun in einen Senatbeschluss über ein neues Leitbild Eingang gefunden hat. Fakt bleibt: Der schwarz-grüne Senat hat nicht die Kraft, öffentlich das auszusprechen, was der ehemalige Finanzsenator an anderer Stelle verkündete: Schwierig ist Hamburgs Lage, weil die wirtschaftliche Erholung nicht so zügig wie erwartet einsetzen wird. Auch deshalb wird eine Rückkehr zu den Zeiten vor der großen Krise eine bloße Illusion bleiben.

Gentrifizierung wird Gehör geschenkt

Und da von Visionen gerade die Rede war: Bisweilen habe ich das Gefühl, viele, die früher über das Thema »Stadtentwicklung« nur sprechen wollten, wenn es um Hafencity und Leuchtturmprojekte ging, überschlugen sich inzwischen förmlich, wenn die Sprache auf »Gentrifizierung« kommt. Auf einer Podiumsdiskussion in St. Georg, die ich im Februar zusammen mit Abgeordneten aus den anderen Bürgerschaftsparteien bestritten habe, entschuldigten sich zum Beispiel Andy Grote (SPD) und Jörg Hamann (CDU) quasi dafür, 2002 gegen eine Soziale Erhaltungsverordnung für den Stadtteil gestimmt zu haben. Und selbst Richard Winter, der Chef des

führenden Hamburger Maklerbüros »Engel & Völkers Commercial«, sprach auf der SPD-Tagung »Hamburg für alle« Ende Februar davon, dass der »massive Wandel« u.a. im Schanzenviertel zu Verdrängungserscheinungen geführt habe. »Mili-eus nicht wegschleifen« war sein Motto – gleichzeitig lässt er kräftig Flyer in den einschlägigen Quartieren verteilen, die HausbewohnerInnen und -eigentümer animieren sollen, die Wohnung einmal unverbindlich und kostenfrei schätzen zu lassen...

Am Mittwoch, dem 7. April, lädt der Stadtentwicklungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft zu einer Anhörung

zum Komplex Gentrifizierung ins Rathaus ein (voraussichtlich ab 17:00 Uhr). Ein aus den Wünschen der Parteien zusammengestellter Fragenkatalog bildet den Ausgangspunkt, Rede und Antwort stehen (die Zahl der benannten KandidatInnen richtet sich nach dem Anteil der Sitze in der Bürgerschaft) auf Vorschlag der CDU: **Prof. Dr. Dieter Lämpke** (HafenCity-Universität), **Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge** (Universität Hamburg, Institut für Geographie) sowie **Heinrich Stüven** (Grund-eigentümer-Verband Hamburg). Die GAL hat **Prof. Dr. Jens Dangschat** (TU Wien) eingeladen, die SPD **Martin Brink-**

mann (steg Hamburg mbH) und **Marc Meyer** (Mieten helfen Mietern) benannt. DIE LINKE konnte den Gentrifizierungstheoretiker und -kritiker **Dr. Andrej Holm** (er arbeitet zur Zeit im Team »Stadtforschung« des Instituts für Sozialwissenschaften an der Universität Oldenburg) gewinnen. Auch wenn es sich um einen arg männerlastigen Kreis von ausgewiesenen Fachleuten handelt, dürfte die Anhörung spannend werden.

Wer Interesse an einer Teilnahme hat, mag sich bitte bei mir melden.



Hamburgs schärfster Stachel wider die Gentrifizierung

Wohnungsbauinitiative: Mäuschenschritte

Zugegeben, die Stadtentwicklungspolitik des Hamburger Senats stellt sich in mancherlei Hinsicht widersprüchlich dar. Positiv ist z.B., dass in den vergangenen Monaten die Voruntersuchungen zur Einführung einer Sozialen Erhaltungsverordnung (samt Umwandlungsverordnung) für St. Georg, St. Pauli und das Schanzenviertel abgeschlossen werden konnten. In allen drei Fällen haben die damit beauftragten Institute den nächsten Schritt empfohlen und so steht zu erwarten, dass der Senat vielleicht noch in diesem Jahr (vermutlich eher gegen Ende) das eine oder andere innerstädtische Quar-

tier (neben der Neustadt) mit einem zusätzlichen Schutz gegen Umwandlung und Ausverkauf ausstattet.

Aber das reicht nicht, denn die Lage auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich weiter zu. Woher mag es wohl kommen, dass jüngst das international tätige Beratungsunternehmen »PricewaterhouseCoopers« die Freie und Hansestadt Hamburg »nach einer Befragung von 640 Immobilienexperten aus 27 Metropolen Platz zwei unter den attraktivsten Immobilienstandorten bescheinigt« hat (Pressemitteilung der »Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH« vom

Wem gehören die Quartiere?

Die von Antje Schellner, Michael Joho und mir im Auftrag der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN verfasste Broschüre macht mit den Chancen, aber auch Grenzen des Instruments der Sozialen Erhaltungsverordnung und der Umwandlungsverordnung vertraut und gibt konkretes Material an die Hand, mit dem sich vor Ort eine solche Verordnung einfordern lässt. Nicht zuletzt wird auch über weitere Möglichkeiten der Beeinflussung des so genannten Wohnungsmarktes informiert.

Die Broschüre ist bei der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft (Rathaus, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg) und in den Bezirksbüros der LINKEN kostenfrei zu erhalten. Sie kann auch über die Website www.linksfraktion-hamburg.de heruntergeladen werden.



23.2.2010). Kein Wunder, dass (Ex-) Senator Michael Freytag laut Beifall bekundete. Er tat dies ganz sicher nicht deshalb, weil die Makler in Hamburg besonders tolle Möglichkeiten suchen, Erwerbslosen eine schöne, gut geschnittene und günstige Wohnung zu vermitteln. Nein, auf Grund des Wohnungsmangels in unserer Stadt ist es besonders lukrativ, mit Wohnraum Geschäfte zu machen.

In einem Interview rechnete die Stadtentwicklungsexpertin Dr. Ingrid Breckner, Professorin für Stadt- und Regionalsoziologie an der HafenCity-Universität, hoch, dass sich seit 2001 der Mangel an Wohnungen auf die erkleckliche Zahl von 30.000 aufsummiert habe (»Die Welt« vom 8.3.2010). Tatsächlich müssten nach Meinung der Mietervereine alljährlich 6.000-8.000 Wohnungen neu errichtet werden, um dem aktuellen Bedarf in einer auch an Bevölkerung wachsenden Stadt gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund ist die neueste »Wohnungsbauinitiative« des Senats zwar in der Sache zu begrüßen, ich kann sie gemessen an den wohnungspolitischen Notwendigkeiten gleichwohl nur als »Mäuschenschritte« in die richtige Richtung betrachten. Anfang März verkündete die Leitung des städtischen Wohnungsunternehmens SAGA GWG, dass es bis zum Jahr 2012 sage und schreibe 1.230 neue Wohnungen errichten will! Das sind mal gerade 410 neue Wohnungen pro Jahr, ein Zwanzigstel dessen, was erforderlich wäre. Würde

man dagegenrechnen, wie viele Mietwohnungen in diesen Jahren aus der Mietpreisbindung herausfallen, abgerissen oder von der SAGA GWG in Eigentumswohnungen umgewandelt werden (zwischen 2002 und 2008 waren es 1.566), dann bleibt die Netto-Bilanz außerordentlich bescheiden. Aber solange der ehemals gemeinnützige Wohnungskonzern SAGA GWG alljährlich 100 Mio. Euro an die Stadt abführen muss, um dubiose Leuchttürme mitzufinanzieren, solange wird sich an der Wohnungs-Misere in dieser Stadt nur wenig ändern.

Apropos SAGA GWG: Die Mieten für SAGA-Wohnungen (außerhalb der Sozialbindungen) sind von 1997 bis 2007 fast doppelt so schnell angestiegen (nämlich um 33%), wie die Durchschnittswerte im Hamburger Mietenspiegel (um 17,1%)! Seit Vorstellung des neuen Mietenspiegels Ende November 2009 haben 23.000 Haushalte ein Mieterhöhungsverlangen von ihrem öffentlichen Wohnungsunternehmen zugestellt bekommen. Kein Wunder also, dass die SAGA GWG deutlich mehr Widerspruch erfährt als in den letzten Jahren. Für den 25. März lädt z.B. die Arbeitsgemeinschaft »Mieten und Wohnen« des Netzwerks »Recht auf Stadt« möglichst viele SAGA-GWG-MieterInnen zu einer großen Veranstaltung ein, um über die jüngste Mieterhöhungswelle und Möglichkeiten der Gegenwehr zu sprechen. Veranstaltungsort ist um 19:00 Uhr das »Centro Sociale« (Sternstraße 2) – Hamburgs scharfer Stachel wider die Gentrifizierung von St. Pauli und umzu.

Sabine Wils, Mitglied des Europäischen Parlaments für DIE LINKE, lädt ein:

Wohnung nur etwas für Reiche?

Die Versorgung mit ausreichendem und preiswertem Wohnraum war für die politische und gewerkschaftliche ArbeiterInnenbewegung seit ihrer Gründung ein Thema. Diese Frage steht auch heute und auch in Hamburg an. Über Wohnungsneubau, soziale Erhaltungsverordnung und andere aktuelle »Wohnungsthemen« referieren und diskutieren

Dienstag, 16. März 2010, 19:00 Uhr
Curienstr. 2, 20095 Hamburg

Andre Grundmann (Regionalleiter Nord der IG BAU)

Joachim Bischoff (wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)

Peter Zawislak (stellvertretender Betriebsratsvorsitzender SAGA/GWG)

Shared Space schöngerechnet



Was woanders halbwegs funktioniert (die New Road in Brighton), wird in Hamburg teuer

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) macht Ernst: Am 12. Februar verkündete Senatorin Anja Hajduk (GAL), dass insgesamt sieben Millionen Euro für so genannte Shared-Space-Projekte ausgegeben werden sollen. Shared Space meint einen von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und AutofahrerInnen gleichberechtigt genutzten »geteilten Verkehrsraum«, in dem auf Straßenschilder verzichtet wird, die Bürgersteige abgesenkt sind und das Verkehrsverhalten vor allem auf Blickkontakten beruht (»Mehr Sicherheit durch Verunsicherung!«). Das Thema, vom »Hamburger Abendblatt« in »Gemeinschaftsstraße« eingedeutscht, war ein Wahlkampf-schlager der GAL, die in der Koalitionsvereinbarung mit der CDU 2008 für jeden Bezirk ein solches Projekt festschreiben konnte.

Doch wieder einmal ermangelt es vor allem der GAL daran, die Pläne mit den vor Ort Betroffenen rückzukoppeln. So hatten die Bezirke auftragsgemäß bis zum 29. Januar ihre »Bewerbungsmappen« bei der BSU eingereicht, ohne dass es über die meisten vorgeschlagenen Straßen eine öffentliche Debatte gegeben hätte. Erst durch die Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 5. Februar wurde seitens des Senats mitgeteilt, welche Straßen in die Prüfung gehen sollen (ich hatte darüber bereits im letzten BürgerInnenbrief berichtet). Viele BürgerInnen dürften trotzdem bis heute noch nicht einmal wissen, dass »ihre« Straße zu den betroffenen gehören könnte.

Der Idee, den Straßenraum nicht nur den Autos zu überlassen und deren Fahrgeschwindigkeit deutlich herabzusetzen, lässt sich einiges abgewinnen (ich habe das in früheren

BürgerInnenbriefen schon deutlich gemacht). Aber einerseits verbieten sich solche einschneidenden Veränderungen ohne intensive BürgerInnenbeteiligung. Andererseits stellen sich einige inhaltliche Fragen, die von der BSU und den beteiligten Bezirken nach meiner Kenntnis bisher nicht bedacht wurden. So fürchtet der Blinden- und Sehbehindertenverein einen faktischen Ausschluss der rund 40.000 Sehbehinderten und 3.000 Blinden in Hamburg aus den Gemeinschaftsstraßen. Auch Kinder und alte Menschen nutzen lieber eine Ampel bzw. einen Zebrastreifen zur sicheren Orientierung im Verkehr. Und die Befürchtung, Shared Space würde die Preise für Wohnungs- und Ladenmieten drastisch in die Höhe treiben und für noch mehr Kneipen und Partypublikum sorgen, ist ebenfalls bislang nicht berücksichtigt.

Dass diese Punkte nicht aus der Luft gegriffen sind, schlägt sich auch in einer merkwürdigen Gemengelage im Bezirk Mitte nieder: Während auf Senatsebene vor allem GAL und CDU für Shared Space eintreten und sich die SPD eher kritisch bis ablehnend äußert, wettet in der Bezirksversammlung Mitte die CDU gegen das Lange-Reihe-Projekt, SPD und GAL dagegen plädieren dafür.

Ganz schräg allerdings wird die Orientierung auf Shared Space, wenn es um die Finanzierung geht. Sieben Millionen Euro standen für ursprünglich insgesamt sieben Gemeinschaftsstraßen in sieben Bezirken zur Verfügung (da der Bezirk Wandsbek bereits ausgeschert ist, bedeutet das ca. 1,15 Mio. Euro für jede »Gemeinschaftsstraße«. Schaue ich mir aber die »Bewerbungsmappe« des Bezirks Mitte an, muss ein-

mal mehr festgehalten werden, dass da schlicht falsch gerechnet wurde und offenkundig die BürgerInnen »hinter's Licht« geführt werden sollen:

- In einem ersten Schritt sollen rund 200 Meter der Langen Reihe auf der Höhe des Carl-von-Ossietzky-Platzes umgebaut werden; Kostenpunkt: 1,3 Mio. Euro, die aus den »bereitgestellten Haushaltsmitteln für die Gemeinschaftsstraßen« kommen sollen.
- Für zwei weitere »Anschlussbereiche« (ca. 120 Meter zur Baumeisterstraße bzw. 140 Meter zur Schmilinskystraße hin) sind weitere 0,7 Mio. Euro veranschlagt (offenherzig gibt der Bezirk zu, »die Anschlussbereiche könnten mit Hilfe von Haushaltsmitteln, z.B. aus dem Titel Grundinstandsetzung der Straßen, umgesetzt werden« – das sind Mittel in Höhe von gegenwärtig zusätzlichen 50 Mio. Euro, um akute Straßenschäden zu beseitigen).
- Zu den bisher schon aufgerechneten 2 Mio. Euro kommen

nach Bezirksrechnung noch 0,2 Mio. Euro für Planungs- und Beteiligungskosten hinzu, ergo sind wir bereits bei 2,2 Mio. Euro.

- Und sollten »eine oder alle Buslinien auf eine der parallel verlaufenden Straßen (z.B. Steindamm) zu verlagern« sein (im Bezirkspapier als durchaus im Bereich des Möglichen dargestellt), würden weitere 0,25 Mio. Euro für den Neubau von Haltestellen etc. anfallen.

Summa summarum könnte alleine der Umbau der Langen Reihe auf eine Summe von 2,45 Mio. Euro hinauslaufen, mehr als doppelt so viel als im Schnitt für eine Straße zur Verfügung steht. Das ist falsch gerechnet bzw. unlauter kalkuliert – und dann noch ein Drittel aus dem wegen der Winterschäden stark beanspruchten Instandhaltungstopf abzuzwickeln, ist einigermaßen unverfroren. Ich bin gespannt, wie der Senat, dem ich kürzlich genau diese Rechnung aufgemacht habe, darauf reagiert.

Begrabt die Doppelrennbahn...

... an der Kehre des Geläufs! Unter diesem Titel hatte die Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft Anfang des Monats eine Pressemitteilung herausgegeben. Anlass war ein Bericht im »Hamburger Abendblatt« vom 4. März. Darin las man, dass die umstrittene Zusammenfassung der Horner Galopp- und der Bahrenfelder Trabrennbahn auf dem Gelände an der Horner Rampe nun doch später komme als geplant.

Bereits am 8. Oktober 2009 hatte die Hamburgische Bürgerschaft gegen die Stimmen der LINKEN 1,4 Mio. Euro Kasernenmittel bewilligt, um die Planungen und die Ausschreibung für die so genannte Kombirennbahn auf den Weg zu bringen. Weitere 30 Mio. Euro sind bereits seit dem vergangenen Jahr im Etat vorgesehen, damit der bis 2012 projektierte Umbau an der Seite und im Interesse des nötigen privaten Investors hätte realisiert werden können.

Aus alledem wird erst einmal nichts, da ein möglicher Investor, der Kaffee-Milliardär Günter Herz, als Betreiber der Horner Anlage abgesprungen war. Das ist für den – offenbar aus lauter Pferdesport- und Totonarren – bestehenden Senat allerdings ein kleiner GAU, denn als neuer Ausschreibungszeitpunkt wird nun der Mai/Juni 2010 anvisiert, etwa ein

dreiviertel Jahr später als ursprünglich vorgesehen. Ich behaupte, dass damit das gesamte Projekt in Frage gestellt ist. Zum einen werden die Krisenauswirkungen in diesem Jahr zu Buche schlagen, zum anderen werden auf der Bahrenfelder Trabrennbahn gegenwärtig ca. 1,5 Mio. Euro verbaut, um das Geläuf und die Haupttribüne für die anstehende Rennsport-saison herzurichten. Offenkundig haben die Traber die Hoffnung auf eine Kombibahn in Horn schon fahren lassen.

Die jüngste Entwicklung unterstreicht nachhaltig den Aberwitz der vom Senat so gerne im Mund geführten »Pferdehauptstadt Hamburg«. Deshalb sollte der Senat endlich von diesem elitären Sportprojekt Abschied nehmen und die Doppelrennbahn an der Kehre des Geläufs begraben. Die dadurch frei werdenden Mittel in Höhe von 30 Mio. Euro können gut dafür eingesetzt werden, die mittlerweile flächendeckend marode Substanz der Sporthallen und -plätze zu sanieren. Das käme Hunderttausenden von Sporttreibenden zugute und wäre ein richtungsweisender Beitrag, damit dann Hamburg wirklich als die »sportlichste Stadt Deutschlands« bezeichnet werden kann.

DIE LINKE lädt ein – Fraktion vor Ort:

Wohnen und Leben in Hamm und Horn – Was will DIE LINKE?

Wie entwickeln sich die Wohnquartiere im Hamburger Osten? Was passiert mit unseren Grünanlagen, was soll eigentlich die geplante Doppelrennbahn in Horn?

Diskussion mit

Joachim Bischoff und Mitgliedern der Ortsgruppe Hamm/Horn/Borgfelde

Donnerstag, 18. März 2010, 19.00 Uhr, Theater in der Washingtonallee (Washingtonallee 42)

Kultur-Tipp: Pop Life



Pop Life: live und käuflich im Keith-Haring-Shop in der Kunsthalle

Einen Blick auf den florierenden Kunstmarkt und einige seiner Ikonen kann man gegenwärtig in der Hamburger Kunsthalle (Glockengießerwall) werfen. Die gut besuchte Ausstellung »Pop Life« präsentiert auf zwei Etagen Werke von Andy Warhol, Keith Haring, Jeff Koons, Martin Kippenberger, Maurizio Cattelan, Damien Hirst, Takashi Murakami und den Young British Artists. Das mit den »Werken von« ist gerade bei den Pop-Künstlern nicht ganz so eindeutig zu beantworten, haben sie doch die Einbeziehung von industriellen Vervielfältigungstechniken ebenso zum Programm erhoben wie die gnadenlose (Selbst-)Vermarktung. Jeff Koons steigt mit seiner Braut La Cicciolina in den Garten, schafft ein paar pornographische Bilderchen und verkauft das als Kunst; der Graffiti-Künstler Keith Haring sprüht witzig-fröhliche Männchen auf jede Wand, eröffnet seinen Pop-Shop und wird steinreich; Andy Warhol, in vielerlei Hinsicht Ideengeber von »Pop Life«,

bringt schließlich alles auf den Punkt: »Gute Geschäfte sind die beste Kunst«. Aber es gibt auch einige überraschende Momente, eine Collage von Pop-Life-KünstlerInnen, die ausgegrenzt wurden, weil sie versuchten, die schwierige Situation von schwarzen KünstlerInnen zu thematisieren; Ernesto Guevara als Soldat der Revolution mit der Pistole im Anschlag.

Zweifelsohne eine bunte und den meisten sicher auch Spaß bringende Angelegenheit. Und viel zum Aufregen ist unter den Exponaten allemal zu finden. Die Texttafeln und sonstigen multimedialen Einheiten regen an, sich über Hintergründe der Pop Life-Szene schlau zu machen. Und etwas von dem perfekten Zusammenspiel von Kunst und Kommerz mitzunehmen. Die Ausstellung ist noch bis zum 9. Mai dienstags bis sonntags jeweils von 10 bis 18 Uhr (donnerstags von 10 bis 21 Uhr) zu sehen. Happig ist der Eintritt: für Erwachsene 10 Euro (ermäßigt 5 Euro).

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**